

„Yes, das machen wir“

Der Karlsruher Initiativkreis „Mit Recht. Karlsruhe“ präsentiert seine Idee von einem Forum Recht in Berlin

Von unserem Korrespondenten
Martin Ferber

Berlin. Karlsruhe macht mobil – und will auf dem Gelände des Bundesgerichtshofes einen authentischen Ort schaffen, an dem das abstrakte Gebilde des Rechtsstaats, der zur Wahrung und Sicherung der freiheitlich-demokratischen Grundordnung unverzichtbar

ist, dokumentiert, fasslich dargestellt und somit für den Bürger erlebbar wird. Als Sitz des Bundesverfassungsgerichts, des Bundesgerichtshofes, der Generalbundesanwaltschaft und der Landesjustiz sieht sich die ehemalige badische Residenzstadt als „Residenz des Rechts“, die wie keine andere Stadt den modernen, demokratischen Rechtsstaat Deutschland vertritt.

Persönlichkeiten aus Gesellschaft, Politik, Justiz und Medien haben den privaten Initiativkreis „Mit Recht. Karlsruhe“ gegründet und werben offensiv dafür, in der Fächerstadt ein Forum Recht zu gründen, das mehr als ein Museum zur deutschen Rechtsgeschichte sein soll – ein modernes Informations-, Dokumentations- und Kommunikationszentrum, das als Bildungsstätte wie als Erlebnisort darstellt, wie das Recht dafür sorgt, dass die Demokratie funktioniert.

In Berlin, in den noblen Räumen der Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft im ehemaligen Palais des Reichstagspräsidenten, warb der Initiativkreis für sein Anliegen und stieß bei den zahlreichen Vertretern des Bundestags sowie Repräsentanten der obersten Gerichte, der Anwaltschaft, der Wissenschaft und der Kultur auf großes Wohlwollen und Zustimmung. So hatte der Haushaltsausschuss des Bundestags 200 000 Euro für eine Machbarkeitsstudie bewilligt, die im Herbst vorliegen und die Grundlage für die endgültige Entscheidung darstellen soll. „Der Rechtsstaat will erklärt werden und muss verteidigt werden“, sagte Susanne Baer, Richterin am Bundesverfassungsgericht im Namen des Initiativkreises, den daneben auch

Bettina Limperg, Präsidentin des Bundesgerichtshofes, Oberbürgermeister Frank Mentrup und der ehemalige Präsident des BGH, Günter Hirsch, mit großem Engagement vertraten.

Wenn man nach Polen, Ungarn, in die Türkei oder sogar in die USA blicke, sehe man, dass „Gefährdungen für den Rechtsstaat“ unterwegs seien, nötig sei ein „Engagement für den Rechtsstaat“, so Baer. In Karlsruhe bestehe die Chance, den Rechtsstaat so spannend zu präsentieren, „dass er die Menschen begeistert“. Mit diesem Argument warb auch Claudia Roth von den Grünen, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags, für die Errichtung des Forums Recht in Karlsruhe. „Wir müssen werben für das, was uns stark und reich macht“, sagte sie, es sei bedenklich, „dass selbst in scheinbar gefestigten Demokratien der Boden wackelt“. Der Rechtsstaat sei ein „Grundnahrungsmittel der Demokratie“. Auch ihre Parteifreundin Renate Künast, die Vorsitzende des Rechtsausschusses des Bundestags, warb für das Projekt. Sie zitierte die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley, die nach dem Fall der Mauer und der Wiedervereinigung enttäuscht gesagt hatte: „Wir wollten Gerechtigkeit – und haben den Rechtsstaat

bekommen.“ Dies belege, wie wichtig es sei, den Rechtsstaat zu verstehen und seine Urteile zu akzeptieren. Carsten Körber, CDU-Parlamentarier aus Sachsen und Hauptberichterstatler des Bundesverfassungsgerichts im Haushaltsausschuss, auf dessen Vermittlung der Abend in den Räumen der Parlamentarischen Gesellschaft möglich wurde, sagte, es sei „mehr als überfällig“, das Forum Recht zum Leben zu erwecken. Der Berliner Kulturwissenschaftler Horst Bredekamp zeigte in einem anregenden Vortrag auf, wie ein derart abstrakter Begriff wie das Recht sinnlich präsentiert werden könnte. „Rechtsprechung ohne Visualisierung bleibt leer“, sagte er. Eindringlich warb er dafür, das Recht „in eine neue Emblemform“ zu überführen. Insofern könne er dem Aufbau eines derartigen Ortes in Karlsruhe „nur alles Recht zusprechen“.

BGH-Präsidentin Bettina Limperg wie Oberbürgermeister Frank Mentrup zeigten sich angetan, auf welche Zustimmung ihre Idee in Berlin fiel. Er nehme „zahlreiche Anregungen“ mit, um weiter an der Verwirklichung der Idee arbeiten zu können, sagte Mentrup. Und auch Verfassungsrichterin Susanne Baer zog ein positives Fazit: „Im Herbst sollen alle sagen: Yes, das machen wir!“



LOBBYARBEIT in Berlin: Verfassungsrichterin Susanne Baer stellt Parlamentariern das geplante Forum Recht vor. Foto: FreilForum